

Richard Meng

Ende einer Serie

Die Berliner Wahl verstärkt das neue Strategiedilemma der Grünen

Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin war für die Grünen ein deutlicher Dämpfer. 17,6 % statt der einst erhofften 30: Ihr vor einem Jahr erhobener Führungsanspruch in der Hauptstadt ist in sich zusammengebrochen. Darin und im gleichzeitigen Erfolg der »Piraten« zeigt sich aber mehr als nur das Scheitern der Spitzenkandidatin Renate Künast. Eine Serie scheinbar leistungsloser, quasi »automatischer« Erfolge ist zu Ende. Das neue Strategiedilemma der Grünen wird offenkundig, zumal im Land Berlin dann auch noch die rot-grüne Perspektive scheiterte.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Renate Künast selbst hat es nach der Berlin-Wahl als bitteren Lernprozess beschrieben. Man werde öffentlich »ganz anders begleitet«, wenn man auf die Führungsrolle abziele, hat sie gesagt. Man müsse also eigentlich einen »ganz anderen Wahlkampf machen« als gewohnt. Das Problem, im O-Ton etwas gestelzt ausgedrückt: »Wenn du breiter wirst, musst du auch organisch breiter werden und darfst nicht in den Spagat der Bewegungsunfähigkeit kommen.« Soll sagen: Wer die Rolle als Klientel- bzw. Milieupartei abstreifen und mit alten Volksparteien um die Führungsrolle konkurrieren will, muss auch selbst mehr kulturelle und programmatische Breite entwickeln – oder bleibt im Spagat hängen, zum Gespött all der anderen.

Die Phänomenologie dieses Hängenbleibens lässt sich an den Zahlen des Berliner Wahlergebnisses erkennen. Auf der konservativ-bürgerlichen Seite konnte die

CDU sich trotz schwacher bundespolitischer Phase nur deshalb auf Berliner Normalmaß stabilisieren, weil die FDP in sich zusammen fiel. Ihr Ergebnis noch unter 2 % zeigt, dass die meisten ihrer ehemaligen Wähler zur Union geflüchtet sind. Im breiten linken Spektrum haben die »Piraten« mit knapp 9 % genau dort gegrast, wo die Grünen einst ein Monopol hatten: bei jungen, stark individualistisch und zugleich moralradikal-idealistisch denkenden Menschen, die mit ihrer Stimme den Etablierten Kontra geben wollen.

Die Grünen in Berlin hatten sich objektiv durch ihren lauten Führungsanspruch selbst geschwächt. Denn angesichts der Verhältnisse in der Hauptstadt, wo einzelne urbane Bezirke ihre – starken – Hochburgen sind, war von Anfang an unrealistisch, dass sie bei realen Wahlen stadtübergreifend vor der SPD liegen würden. Führung wäre überhaupt nur im Bündnis mit der CDU gegangen, und das war in der Schlussphase des Wahlkampfes nicht mehr zu verschweigen. Damit ist aber die ganze Strategie in sich zusammengebrochen. Eine, die vom unaufhaltsamen Wachstum des Grünen-Potenzials ausging und die Projektionen von Meinungsumfragen und Medienhoch als belastbare Realität empfand. Eine, die ihnen deshalb vor einem

Jahr noch so plausibel erschienen war, weil sie in ihren großstädtischen Milieuhochburgen wie Kreuzberg inzwischen ja tatsächlich politische Hegemonie erleben und das für die neue Berliner Normalität gehalten haben.

In solchen grünen Kernmilieus hat sich mittlerweile eine Überheblichkeit in der politischen Wahrnehmung entwickelt, für die wachsende Zustimmung in anderen städtischen Quartieren und erst recht ländlichen Lebenswelten nur eine Art nachholende grüne Modernisierung bedeutet, die so oder so kommen wird. Entsprechend war das Auftreten in Berlin. Und auch dies war ein Grund dafür, dass nach der Wahl nicht einmal mehr Rot-Grün zustande kam. Die Grünen hatten die inneren Verhältnisse in der SPD falsch eingeschätzt und bei ihr Nachgeben im Streit um die Autobahn A 100 erwartet. Sie hatten auch nach der Wahl noch viel zu lautstark auf Selbstbewusstsein gesetzt und mit der ständig wiederholten Forderung nach »Augenhöhe« letztlich ihr altes Trauma neu ausgelebt: die Angst, nicht ernst genug genommen zu werden.

Es war eine wahre Kette von Fehleinschätzungen. Vom Mehltau über der Stadt war schon in der Antrittsrede der Kandidatin Künast vor einem Jahr die Rede gewesen, vom rot-roten Stillstand. Und das ausgerechnet in Berlin, wo die größte Angst der Menschen die vor weiteren rapiden Veränderungen ist, nachdem der großstädtische Wandel gerade dort zuletzt eher neue Widerstände hervorrief. Auch diese Angst andererseits wurde von Basis-Grünen in alter Oppositionsmanier gerne aufgegriffen, etwa wenn es um Vorbehalte gegen noch mehr Touristen geht. Aber Veränderungsunlust und Modernisierungsrhetorik vertragen sich nicht.

Da passte nichts mehr zusammen. Aber gleichzeitig wurde die grüne Hybris lange angestachelt von Medienleuten, deren Sympathie die neue Führungsfantasie hatte, gerne auch in grün-schwarzer Variante.

Von »Retro« war in einem der Leitkommentare bezogen auf Rot-Grün die Rede. All das zusammen ließ bei den Strategen der Grünen die Vorsicht schwinden, bis die Falle dann aufgestellt war. »Retro« – und zwar: Rot-Grün der 80er Jahre – war am Ende eher die Verkniffenheit des Muskelspiels um 3,2 Kilometer Berliner Autobahn.

Das gesellschaftliche Ganze zu repräsentieren und widerstreitende Interessen miteinander auszugleichen: Das war bis dahin die reservierte Rolle der Volksparteien Union und SPD gewesen, ihr letzter Markenkern geradezu nach dem Aufweichen der alten inhaltlich-ideologischen Trennlinien zwischen den Parteien im Zuge des Generationenwechsels. Insofern stand hinter dem Berliner Grünen-Wahlkampf durchaus der bewusste und von der grünen Bundespartei mitgetragene Frontalangriff auf den Rollen Kern speziell der Hauptstadt-SPD, die als einzige Partei in beiden ehemaligen Stadthälften in etwa gleich stark und damit in den rot-roten Jahren zwischen Ost und West integrierungsfähig war.

Gefahr des Schwindens alter Unvereinbarkeiten

Insofern war das Berliner Wahlergebnis auch bundesweit für die Führungsfähigkeit der SPD und das Parteiensystem insgesamt von zentraler Bedeutung. Die medial befeuerte Debatte über eine Grünen-Kanzlerkandidatur kann abgeblasen werden – und, weit bedeutsamer: Auch die schwarz-grüne Option Angela Merkels und vieler Medien ist einstweilen zertrümmert, während gleichzeitig nach dem schnellen rot-grünen Kollaps vom Oktober die SPD sogar erstmals wieder die Regierungsfähigkeit der Grünen in Frage stellte.

Konnte nach der Sondersituation von Baden-Württemberg erneut Grün den Führungsauftrag bekommen, ohne vom eigenen Milieuspektrum her ebenfalls Volks-

partei zu sein? Darauf hebt ab, was Künast jetzt mit fehlender organischer Breite meint. Beim Wählerspektrum ist diese Breite für die Grünen potenziell eher erreichbar als in ihrer aktiven Mitgliedschaft, auch das macht die Komplexität des Strategiedilemmas der Grünen nach der Berlin-Wahl aus.

Nachdem nun selbst der radikalkonservative Papst in seiner Berliner Rede Natur und Ökologie in sein katholisches Gedankengebäude einbaute, wird deutlich, wie sehr in der Gesellschaft alte Unvereinbarkeiten schwinden. Die Grünen werden als bürgerliche Schöpfungsbewahrer potenziell auch in Milieus akzeptiert, die mit links nie etwas zu tun haben wollten und wollen. Aber sie laufen damit in den links-alternativen Stammilieus noch mehr Gefahr, als unsichere Kantonisten und politisch beliebige Anpassler dazustehen. Sie erleben insofern in beide Richtungen das, was die SPD während der Schmidt-Jahre erlebte. Neue Sympathie im konservativen Teil der Gesellschaft und tiefe Zweifel bis neue Abneigung bei jungen Idealisten (die heute noch mehr als damals eher Individualisten bzw. sogar schlicht Egoisten sind). Selbst den Kampf um das radikal liberale Erbteil der FDP müssen sie dabei nicht unbedingt gewinnen, wenn man an die »Piraten« denkt. Den Kampf um die nächste Protestgeneration werden sie allemal verlieren.

Zielkonflikt mit offenem Ende

Heute ist noch nicht absehbar, wie dieser Zielkonflikt ausgeht und was das für die Führungsrolle im linken Spektrum bedeutet. Manchmal wirkt es, als ob das Koch-Kellner-Bild aus Gerhard Schröders Zeiten die Grünen geradezu traumatisiert hätte. Es war abschätzig, hochnäsiger gemeint. Und doch bleibt am Ende ja doch bei aller politisch-menschlichen Augenhöhe die Frage übrig, wer mit welchen Inhalten die Grundrichtung bestimmt.

Es gibt weiterhin jene 30 %, die sich grundsätzlich vorstellen können, Grüne zu wählen – und die es unter besonderen Umständen wie in Baden-Württemberg auch bereit sind zu tun. Es gibt nicht überall Verhältnisse wie in Berlin, wo mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit die seit einem Jahrzehnt zentrale politische Führungsfigur der Stadt der Gegner war. Es ist also noch lange nicht entschieden, ob aus dem grünen Spagat hin und wieder nicht doch noch ein Kunststück werden kann, wo immer die SPD nicht mehr die alte personelle oder programmatische Kraft hat.

Auch die 17,6 % von Berlin waren ein Zugewinn. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Einzug ins Landesparlament gelungen. Im Bund ist die grüne Schlüsselrolle für jede Mehrheitsbildung jenseits Großer Koalitionen offensichtlich. Der Grünen-Spitze ist gerade deshalb eine gewisse Befangenheit anzumerken. Genau genommen: seit dem Zeitpunkt, als klar war, dass in Berlin viel zu hoch und zu riskant gepokert worden war. Grüne Stammwählersicherung gewann wieder an Bedeutung, genau das unterminierte dann aber auch Rot-Grün noch: der Versuch, bei den Stammthemen als besonders unbeugsam zu erscheinen, um die heraufziehenden Zweifel an der inhaltlichen Verlässlichkeit zu zerstreuen.

In vergleichbarer Lage waren bei der SPD in den späten 70er Jahren auch die internen Spannungen deutlicher geworden als vorher in den euphorischen Brandt-Jahren. Bei den Grünen ist es jetzt ja ebenso ein *realer* Strategiekonflikt, der – je nach Milieuhintergrund – auch emotional sehr unterschiedlich erlebt wird, genau so wie die gefühlte Bedeutung der grünen Partei. In den neubürgerlichen Hochburgen mag vielen Wählerinnen und Wählern die Suche nach einer Linie, mit der die Grünen künftig das gesellschaftliche Ganze (eher im Sinne einer postmateriellen Moderne) repräsentieren können, als logisch und verständlich erscheinen. Grün-intern, unter

den aktiven Mitgliedern, sind die Gefühlswelten immer noch ganz anders, traditioneller, engstirniger, fundamentalistischer. Die persönlichen Interessen, zum Beispiel die auf Parlamentskarrieren, führen schnell wieder zurück zu verbalradikalem Dogmatismus. Das macht Grüne, die plötzlich viel zu verlieren haben, politisch nicht eben offener.

Es ist gut denkbar, dass die FDP künftig weiter aus den Parlamenten verschwindet und sich damit auch aus dem liberalkonservativen Lager weitere Potenziale für die Grünen ergeben. Gleichzeitig aber zeigt nicht zuletzt die völlig unkritische Medienresonanz auf die Berliner »Piraten«, dass es selbst eine politikpraktisch weitgehend inkompetente, aber normativ radikalliberal

bis offen anti-staatlich auftretende Protestpartei leicht hat, als sympathisch zu erscheinen und weit in die links-grüne Wählerschaft einzubrechen – wenn sie nach klassischen Maßstäben nur ideologisch unverfänglich genug daher kommt.

Der neue radikale Individualismus ist eventorientiert. Auch Wahlen werden zu solchen Events, nichts weniger und nichts mehr. Das schafft immer wieder neue Chancen, verschlafene Diskurse nachzuholen. Aber es zerstört auch die Erwartung, dass die grüne Protestpartei von vorgestern heute noch in der Lage wäre, mitten in einer gefährlich schwelenden Legitimationskrise des demokratischen Prozesses beides zu verkörpern: Perspektiven in den Institutionen und Perspektiven gegen sie. ■

Teresa Buecker

Das Internet stärkt politisches Engagement – und somit die Parteien

Der Newsdesk im Willy-Brandt-Haus als Beispiel

Politische Kommunikation muss mit der Zeit gehen. Das Internet legt hierbei ein besonderes Tempo vor. Die Möglichkeiten Informationen zu verbreiten, miteinander zu debattieren und gemeinsam Ideen zu entwickeln sind vielfältig. Sie bieten mehr Bürgerinnen und Bürgern die Chance, sich am politischen Austausch zu beteiligen und sich aktiv in die politische Arbeit einzubringen.

Die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen ist der Sozialdemokratie ein Kernanliegen – online wie in der klassischen Parteiarbeit. Ein intensiver Dialog mit den Mitgliedern der SPD, interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Bündnispartnern ist zu jeder Zeit von hoher Bedeutung, er ist Grundstein für eine zeitgemäße, zukunftsfähige Politik. Aus diesem Grund hat der Parteivorstand der SPD sich entschlossen, die Kommunikationsfähigkeit der Partei, den direkten Austausch mit den Parteimitgliedern und allen Interessier-



Teresa Buecker

(* 1984) arbeitet seit September 2010 als Social Media Managerin des SPD-Parteivorstands. Sie schreibt als freie Autorin das FAZ-Blog »Deus ex Machina« über Themen der digitalen Gesellschaft.

teresa.buecker@spd.de

ten sowie deren Beteiligung an der Gestaltung von sozialdemokratischer Politik über eine neue Online-Plattform zu stärken.

Das neue Konzept für die zentrale Webseite der Bundespartei www.spd.de hat sich